

Dr. ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.372.098

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)18675/J-NR/2024

Wien, am 16. Juli 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Philipp Schrangl, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Mai 2024 unter der Nr. **18675/J-NR/2024** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Faktische Diskriminierung schwangerer wohnungssuchender Frauen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *1. Welche Maßnahmen werden Sie wann setzen, um Mütter im dargestellten Zusammenhang vor dem Verlust ihrer Wohnung und Diskriminierung zu schützen?*
- *2. Weshalb wurden im gegenständlichen Zusammenhang bisher keine Maßnahmen gesetzt?*

Die Anfrage betrifft die (faktische) Ungleichbehandlung bestimmter Bevölkerungsgruppen im Zusammenhang mit Wohnungsvergaben, nicht jedoch miet- bzw. wohnrechtliche Regelungen selbst. Allfällige Maßnahmen wären im Gleichbehandlungsrecht zu verankern und fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Justiz.

Dr. ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

